

Dieselöl Benzin

HEIZOELHAURI

Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik <i>Nationalrätin Therese Schlöpfer aus der Herbstsession</i> Seite 2	Kanton Zürich <i>Diskussion zur Strommangellage</i> Seite 3	Aktuell <i>Die Vorbereitung der Albsigüetlitagung 2023 ist in vollem Gange</i> Seite 4–5	Parlamentsgemeinden <i>Stadt Zürich bald in der Dunkelheit?</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp <i>Mit dem Regierungsrat auf's Hörnli</i> Seite 7
--	--	---	--	--

ABSTIMMUNGEN VOM 25. SEPTEMBER 2022

Wer stimmt, bestimmt – auf an die Urnen!

Müssen wir bald frieren? Müssen unsere Unternehmen die Produktion bald drosseln oder ganz einstellen? Die bevorstehende Energiekrise beschäftigt und trifft uns alle. Eine sichere Energieversorgung ist die Grundlage unseres Wohlstandes, der Wirtschaft und der Innovation.

Wir brauchen eine sichere Stromversorgung, und zwar jetzt. Die Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Deshalb haben wir die Kampagne «Blackout stoppen» und «Grüne Träumer stoppen» lanciert. Es ist Zeit aufzuwachen und geschlossen einen engagierten Wahlkampf für eine sichere Zukunft in Freiheit zu führen. Am kommenden Sonntag, 25. September, stimmen wir über zwei kantonale und vier eidgenössische Vorlagen ab. Die Vorlagen betreffen die ganze Bevölkerung. Deshalb ist der Abstimmungs-sonntag für mich ein erster Gradmesser, wie fit wir für die Wahlen 2023 sind.

Sicherung unserer Sozialwerke

Bei der AHV-Reform geht es um die Sicherung unserer Sozialwerke. Der AHV droht eine Finanzierungslücke. Die vorliegende Reform besteht aus zwei Massnahmen und ist ein gutschweizerischer Kompromiss. Zum einen wird mit der sukzessiven Erhöhung des Rentenalters der Frauen und der flexiblen Renteneintrittsmöglichkeit – Renteneintritt kann zwischen dem 63. und 70. Altersjahr selbst festgelegt werden – das Ausgabenpotenzial gebremst. Zum anderen fliesst mit einer geringen Erhöhung der Mehrwertsteuer mehr Geld direkt in die

AHV. Die unbeliebte Mehrwertsteuererhöhung ist ein wichtiger Bestandteil dieses Kompromisses. Für die Gesamtreform müssen beide Massnahmen angenommen werden. Denken Sie an die kommenden Generationen und stimmen Sie unbedingt 2 x JA zur AHV-Reform.

NEIN zur Massentierhaltungsinitiative

Die Massentierhaltungsinitiative will in ihrem Kern unseren Fleischkonsum vermindern und auf perfide Art und Weise unsere Ernährung beeinflussen.

Sie ist ein weiterer Angriff auf unsere produzierende Landwirtschaft und unsere Freiheit. Es gibt keine Massentierhaltung in der Schweiz! Die Schweizer Landwirtschaft hat bereits heute ein weltweit einzigartiges Niveau beim Tierwohl. Deshalb ist diese Initiative unnötig. Mit der Annahme der Initiative würde die Produktion von regionalen Lebensmitteln sinken, im Gegenzug würden Importe zunehmen. Werfen Sie ein NEIN in die Urne, damit wir auch in Zukunft regionale Produkte von höchster Qualität von unseren Schweizer Bauernfamilien konsumieren können.

JA zur Standortattraktivität Schweiz

Die Teilschaffung der Verrechnungssteuer ist eine längst fällige Reform, welche die Standortattraktivität des Wirtschaftsplatzes Schweiz stärkt. Die Steuer wird da abgeschafft, wo sie überflüssig geworden ist und die wirtschaftliche Entwicklung hindert. Die Reform der Verrechnungssteuer ermöglicht Unternehmen, benötigtes Fremdkapital für Innovationen einfacher aufzunehmen. Viele der zusätzlichen Arbeitsplätze würden am Standort Zürich geschaffen, weshalb Zürich auch von den zusätzlichen Steuereinnahmen überproportional profitieren wird. Stimmen sie unbedingt JA.

Kantonale Vorlagen

Die SVP sagt JA zum Gegenvorschlag der Kreislaufinitiative. Der Gegenvorschlag berücksichtigt insbesondere, dass der weitaus grösste Anteil an Abfall in der Wirtschaft anfällt, zum Beispiel beim Bauabfall. Der Gegenvorschlag wird auch von den Branchenverbänden unterstützt. Das Recycling von Wertstoffen, insbesondere in der Bauwirtschaft, hat Zukunft, denn es schont wertvolle Ressourcen und reduziert Deponievolumen.

NEIN zur Schwächung des Standortes Zürich

Die Initiative «Keine Steuergeschenke für Grossaktionärinnen und Grossaktionäre» verlangt eine höhere Besteuerung auf Dividenden für Personen mit Beteiligung von mindestens 10% an Kapitalgesellschaften oder Genossenschaften. Sie trifft also auch ganz viele Kleinunternehmer, welche bei einer Annahme mit noch höheren Steuern belastet werden. Die Attraktivität des Kantons würde geschwächt. Im Vergleich zu anderen Kantonen ist eine solche Erhöhung nicht angezeigt. Der Kanton Zürich müsste mit Wegzügen und damit einhergehend mit weniger Steuereinnahmen rechnen. Lehnen Sie die Initiative ab, um den Zürcher Wirtschaftsstandort nicht noch weiter zu untergraben. Sie bemerken, die Links-Grüne Politik möchte uns von Tag zu Tag mehr bevormunden, Steuern erhöhen und neue Auflagen oder Gesetze einführen. Dadurch wird unsere Freiheit eingeschränkt und der einst stolze Wirtschaftsplatz Zürich demontiert. Die Folge: Jahr für Jahr kehren Hunderte Unternehmen Zürich den Rücken.

Wir müssen aufwachen und mobilisieren! Bringen Sie Ihre Familie, Freunde und Bekannten an die Urne. Sprechen Sie über die Missstände in unserem Land und die schädlichen Initiativen und Referenden der Linken. Der Abstimmungs-sonntag entscheidet, ob wir mit Schwung in den Wahlkampf 2023 starten. Danke für Ihr Engagement.



Domenik Ledergerber
Parteipräsident
SVP Kanton Zürich
Herrliberg

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 25. September 2022

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative vom 17. September 2019 «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»	NEIN
2. Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2021 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer	JA
3. Änderung vom 17. Dezember 2021 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (AHV21)	JA
4. Änderung vom 17. Dezember 2021 des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)	JA

Kantonale Vorlagen

1. Verfassung des Kantons Zürich (Änderung vom 31. Januar 2022, Gegenvorschlag zur «Kreislauf-Initiative»)	JA
2. Kantonale Volksinitiative «Keine Steuergeschenke für Grossaktionärinnen und Grossaktionäre»	NEIN

Grüne Träumer stoppen!
Sichere Energieversorgung jetzt!

**Sichere
Zukunft in
Freiheit**

Liste 1





Christoph Mörgeli

Stilberater und Gürtellinienrichter

Die Ablenkung funktionierte halbperfekt. Nachdem SVP-Nationalrat Christian Imark die sozialdemokratische Energieministerin Simonetta Sommaruga für das drohende Stromdesaster verantwortlich gemacht hatte, karrte SP-Präsident Cédric Wermuth unverzüglich eine parteipolitische Wagenburg zusammen. Imark hatte wörtlich gesagt: «Ich kann Ihnen eines versprechen, Frau Bundesrätin: Wenn Sie die angekündigten Notfallszenarien diesen Winter anwenden müssen, dann gehen die Leute auf die Strasse, und sie werden weit mehr fordern als Ihren Rücktritt.» Sofort machte Cédric Wermuth den empfindsamen Stilpolizisten: «Es gibt Grenzen des Sagbaren, auch in einer Demokratie. Die Kampagne der SVP gegen Simonetta Sommaruga hat heute eine Grenze überschritten.» Wo denn bitte? Christian Imark hat nur angetönt, nicht einmal ausgesprochen, was Sommarugas Parteikollege Fredy Fässler zuvor in Klar-Text festgehalten hatte. Der St. Galler SP-Regierungsrat und Präsident der kantonalen Justizdirektoren warnte nämlich so vor einem Strom-Blackout: «Am Bankomat kann man kein Geld mehr abheben. Alle Heizungen funktionieren nicht mehr. Man muss frieren. In den Strassen ist es dunkel. Da ist es denkbar, dass die Bevölkerung rebelliert oder dass es zu Plünderungen kommt.» Ist Cédric Wermuth geeignet als Anstandswauwau? Ist er die geborene Gouvernante? Was genau qualifiziert den Aargauer zum hyperdemokratischen Grenzenzieher? Wo er doch als Juso-Präsident wegen Hausbesetzung rechtsgültig verurteilt wurde. Und unter dessen Juso-Präsidium in Aarau acht Autos brannten. Wonach ein ehemaliger Juso-Nationalratskandidat festgenommen wurde, weil er nachweislich Autos des SVP-Ortsparteipräsidenten angezündet hatte. Worauf seine Kollegen Foto und Privatadresse des SVP-Untersuchungsrichters veröffentlichten und drohten: «Es gibt viele Möglichkeiten, seiner Wut Ausdruck zu verleihen, benutzt eure Kreativität.» Da hörte man nichts vom Stilberater und Gürtellinienrichter Wermuth. Denn aller Anstand ist schwer. Besonders für Berufsschmuggler über alle Anstandsgrenzen.

BERICHT 2. WOCHEN HERBSTSESSION

Düstere Zeiten stehen bevor

Die Differenzen zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung mit Massnahmen zur Kostendämpfung wurden bereinigt. Lange Diskussionen bescherten uns die Biodiversitätsinitiative und ihr indirekter Gegenvorschlag sowie der indirekte Gegenvorschlag der Gletscherinitiative. Im Weiteren stehen uns dunkle Zeiten im Winter bevor.

Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Um die Kosten im Gesundheitsbereich zu senken, sollen u.a. die Leistungserbringer und die Versicherer mit ihren Verbänden, in Bereichen, in denen sie einen Tarifvertrag abschliessen müssen, ein gemeinsames Monitoring der Entwicklung der Mengen, Volumen und Kosten sowie Korrekturmassnahmen bei nicht erklärbaren Mengen, Volumen- und Kostenentwicklungen vorsehen. Diese Massnahmen sollen auch in kantonale Tarifverträge integriert werden. Das tönt doch gut. Wie sieht das aber in der Praxis aus? Hoffentlich wird das Monitoring beziehungsweise die Überwachung dieser Bereiche nicht teurer als die Behandlungen.

Zur Baukultur

Gemeinsam mit der Biodiversitätsinitiative besprachen wir die Motion Förderung der Baukultur von hoher Qualität. Der Bundesrat versucht, die biologische und landschaftliche Vielfalt sowie die baukulturellen Qualitäten der Schweiz stärker zu fördern. Dazu verankert er im Natur- und Heimatschutzgesetz das Flächenziel von 17% für die Gebiete, die dem Schutz von Tieren und

Pflanzen dienen. Weiter will der Bundesrat die Biotope insbesondere von regionaler und lokaler Bedeutung ergänzen und erweitern. Im Bereich der Wasserlebensräume sieht er eine neue Kategorie von Schutzgebieten vor. Weiter will die Vorlage gezielt die natürliche Vernetzung, insbesondere auch das Potenzial für zusätzliche Vernetzungsgebiete im Siedlungsgebiet stärken, sowie die ökologische Qualität der Lebensräume verbessern. Schlussendlich will der Bundesrat eine umfassende «Baukultur» fördern. Damit der indirekte Gegenvorschlag seine Wirkung entfalten kann, beurteilt der Bundesrat den Einsatz von 100 Mio. aus der Bundeskasse als zielführend.

Viermal die Fläche des Kantons Luzern wird bereits heute schon speziell geschützt. Nun soll nochmals zusätzlich die Fläche des Kantons Luzern geschützt werden. Damit sollen rund 30% des Kulturlandes als Schutzzonen ausgewiesen werden. Die Grünen sehen zwar den Zusammenhang zwischen dem Verlust der Biodiversität und der Bautätigkeit. Dass die Zuwanderung den Grossteil der Bautätigkeit verursacht, wollen sie aber nicht zugeben. Die zu grossen Wohnungen in der Schweiz seien Schuld daran.

Gletscher-Initiative – Ordnungsantrag ohne Chance

Vor den zu bereinigenden Differenzen zum indirekten Gegenvorschlag der Glet-

scher-Initiative reichte unser Walliser Kollege Graber einen Ordnungsantrag ein. Er schlug die Abstraktandierung der Entwürfe 1–3 vor, nicht aber der Nummer 4, welche dringliche Massnahmen zur kurzfristigen Bereitstellung einer sicheren Stromversorgung im Winter will. Die Finanzhilfen von 3,2 Milliarden Franken des Bundes, der Kantone und der Gemeinden zu Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050 für langfristige Investitionen sind uns allen ein Dorn im Auge. Die Befürworter des Ordnungsantrages fanden sich ausschliesslich in unseren Reihen.

Leidende Kaufkraft

Die Kaufkraft leidet durch die Inflation und die Energiekrise stark. Dies hat Parteien von links bis rechts veranlasst, Vorstösse zur Abfederung einzureichen, welche während einer ausserordentlichen Session behandelt wurden. Unsere Begehren, die Krankenkassenprämien vollständig bei den direkten Bundessteuern abzuziehen zu können, die Abschaffung des Eigenmietwerts für Rentner, die AHV 2023 mit einem Teuerungsausgleich zu versehen und dafür weniger Geld für die Entwicklungshilfe zu zahlen, wurden alle abgelehnt. Diese Forderungen wären zeitlich beschränkt gewesen.

Unterstützt wurden Begehren ohne zeitlich limitierte Anwendung. Nur das Begehren, eine temporäre «Energiezulage» im Rahmen des bestehenden Prä-

mienverbilligungssystems für Haushalte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen einzuführen und sie damit gezielt zu entlasten, fand Zustimmung.

Düstere Zeiten

Im Winterhalbjahr stehen uns düstere Zeiten bevor. Momentan können wir noch von strahlendem Herbstwetter profitieren.

Bald werden wir aber wahrscheinlich wieder unter der Hochnebeldecke leben. Die Nächte werden länger, die Stimmung bei vielen Menschen sinkt während dieser Zeit in den Keller. Nun werden wir uns zusätzlich noch mit der Strommangellage, hervorgerufen durch die Energiewende mit dem Ausstieg aus der Atomenergie, abfinden müssen. Das bedingt, dass wir alle zum Stromsparen angehalten werden. Das Bundeshaus wird bereits nicht mehr beleuchtet. Andere Einschränkungen werden folgen. Schaufenster- sowie Weihnachtsbeleuchtungen sollen verschwinden.

Das Licht in öffentlichen Räumen steht ebenfalls auf der Liste des Stromsparens. Das alles ist nicht förderlich für den Abbau des «Winter-Blues» und der Depressionen. Beleuchtungen in Unterführungen und Parkhäusern wurden gefördert, um Überfällen und Vergewaltigungen vorzubeugen. Fallen diese auch dem Stromsparen zum Opfer, wird die Kriminalität zunehmen. Die Agenten der Psychologen und Psychiater werden mit Terminen gefüllt bleiben.

Zum Kochen des Glühweins reicht allerdings eine Gasflasche und der Grill. Dies lassen wir uns nicht nehmen.

EIN FAIRER KOMPROMISS

Die AHV-21-Revision

Die AHV-Revision ist ein fairer Kompromiss, bei dem die Bürgerlichen viel Entgegenkommen zeigen. Ganz im Gegensatz zu den Gegnern dieser Sanierungsmassnahmen.

York-Peter Meyer
Erw. Vorstandsmitglied SVP
Küsnacht

Breite Zustimmung

Für die Befürworter der AHV-Revision ist ihre Sanierung zentral. Sie wird von der SVP, der FDP, der Mitte und den Grünliberalen unterstützt. Die Grünen, die SP und die Gewerkschaften sperren sich dagegen. Umfragen sagen eine Zustimmung der Bevölkerung an der Urne voraus: Bei einer SRF-Umfrage¹ vom 18. August gaben 64% der Wahlberechtigten an, dafür zu sein, und 33% dagegen. Auch bei den Frauen waren 52% dafür und 43% dagegen. Eine Online-Umfrage von Anfang September in Cash² ergab eine ähnlich hohe Zustimmung. Allerdings zeigt die Erfahrung, dass die Resultate von Abstimmungen auch ganz anders als die Umfragen ausfallen können.

Übrigens hat auch Helena Trachsel, Leiterin der Fachstelle Gleichstellung des Kantons Zürich, dem Zürcher Bote gegenüber u.a. erklärt: «Der Unterschied im Pensionierungsalter sollte nicht zwischen Geschlechtern, sondern zwischen Berufsgruppen, für Angestellte auf dem Bau, im Detailhandel, in der Pflege, als Anerkennung für körperlich, psychisch, mentale anspruchsvolle Tätigkeiten, eingeführt werden.» Und diese Institution assoziiert man nicht unbedingt mit der konsequenten Vertretung gutbürgerlicher Ideen.

Grosses bürgerliches Entgegenkommen

Die AHV-Reform ist ein politischer Kompromiss. Das muss auch so sein, denn die AHV kann nur parteiübergreifend saniert werden. Wichtig ist dabei, dass 72% der zusätzlichen Mittel³ aus der Mehrwertsteuererhöhung (grundsätzlich ein Zugeständnis der Bürgerlichen) kommen und nur 28% aus der Erhöhung des Rentenalters (eher ein Zugeständnis der Linken). Die Bürgerlichen tragen also mit ihren Zugeständnissen 72% der Gelder bei und die Linken nur 28%. Wenn SP und Grüne sich sogar gegen diesen Kompromiss sperren, sind sie wohl zu keinen nennenswerten Zugeständnissen bereit.

Überhaupt ist sehr erstaunlich, dass SP und Grüne sich gegen diese Sanierung stemmen. Schliesslich verteilt die AHV jedes Jahr 47 Milliarden Franken⁴ um: Von Berufstätigen an Pensionierte, von Reichen an Arme und an die Langlebigen von allen anderen. Die Sanierung einer solchen Umverteilungsmaschine müsste doch eigentlich ein Kernanliegen der Linken sein.

Wenn die SP und die Grünen sich trotzdem dagegen sperren, stehen sie dann überhaupt noch für eine vernünftige Umverteilungspolitik zur Verfügung?

Die Argumente der Gegner

Das Hauptargument von SP und Grünen gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen ist, dass Frauen insgesamt niedrigere Pensionen erhalten, wenn man die zweite und die dritte Säule auch berücksichtigt. Deshalb sei ein früherer Rentenbezug fair.

Dabei ignoriert man natürlich, dass eine frühere Pensionierung der Frauen schon rein mathematisch zu niedrigeren Bezügen aus der zweiten und der dritten Säule führen muss.

Denn je länger man arbeitet, desto länger muss man in die zweite Säule einzahlen, und umso länger kann man die Steuervorteile einer Einzahlung in die dritte Säule nutzen, und umso später beginnen die Bezüge. Je früher die Pensionierung, desto weniger Geld hat man dafür.

Und wenn es ganz allgemein weitere Gründe für eine finanziell schlechtere Situation von Frauen gibt, dann sollte man Ungerechtigkeiten besser dort angehen, wo sie entstehen, und sie nicht einfach der AHV weiterleiten. Wir können froh sein, wenn die AHV ihre Aufgabe der Altersrenten langfristig noch erfüllen kann. Sie hat sicher nicht genügend Geld, die anderen sozialen Probleme auch noch zu lösen.

Ein weiteres Argument der Gegner ist, dass dies nur den ersten Schritt für eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters darstelle. Eine solche Erhöhung ist aber überhaupt nicht Bestandteil dieser Massnahmen.

Dazu gäbe es in der Zukunft eine weitere Abstimmung. Dieses Argument ist ungefähr so destruktiv, wie wenn wir Bürgerlichen jede Steuererhöhung und jeden Eingriff in die Marktwirtschaft kategorisch ablehnen würden, weil diese ja zu weiteren Steuererhöhungen und weiteren Eingriffen führen könnten. So verhalten wir uns natürlich nicht.

Dieses Argument des ersten Schrittes zeigt, wie radikal die linken Gegner der Vorlage sind. Die SVP und die anderen bürgerlichen Parteien sind hier viel kompromissbereiter.

Und ohne Kompromissbereitschaft gefährdet man die Zukunft der AHV und den ganzen sozialen Ausgleich.

Die AHV-Reform in Kürze

Die Reform der AHV, über die wir am 25. September abstimmen, besteht aus mehreren Komponenten:

- 1) Frauen werden Männern gleichgestellt, indem das Rentenalter für Frauen von 64 um ein Jahr auf 65 Jahre erhöht wird. Die betroffenen Jahrgänge erhalten jedoch Ausgleichszahlungen.
- 2) Die Mehrwertsteuer wird von 7,7% auf 8,1% erhöht (für Nahrungsmittel u.a. nur um 0,1).
- 3) Das Rentenalter wird flexibilisiert. Man kann in Zukunft wählen, ob man bereits mit 63 oder erst mit 70 in Rente gehen möchte.

Wichtig ist, dass die Reform nur zustande kommt, wenn beide Abstimmungen gewonnen werden: Sowohl die Erhöhung der Mehrwertsteuer wie auch die Erhöhung des Rentenalters müssen angenommen werden. Allein kann keine dieser beiden Vorlagen in Kraft treten.



Eine breite Allianz aus (teils) bürgerlichen Parteien möchte einen Kompromiss zur AHV-Sanierung eingehen. Links-Grün sträubt sich (wie immer) mit allen Mitteln.

Bild: Pixabay

¹ <https://www.srf.ch/news/erste-srg-umfrage-ahv-reform-mehrheit-sagt-ja-zu-frauenrentenalter-65>

² <https://www.cash.ch/news/politik/cash-umfrage-ahv-vorlage-um-was-geht-es-genau-und-was-stimmen-sie-am-25-september-2010562>

³ Finanz und Wirtschaft, 3. September 2022, Seite 3.

⁴ <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialversicherungen/ahv/finanzen-ahv.html>

AUS DEM KANTONS RAT

Lange Diskussionen zur Interpellation der SVP

Die Ratssitzung vom 19. September begann mit der Abnahme von Tätigkeitsberichten mit Routinegeschäften. Zuerst stimmte der Kantonsrat mit 158 Ja-Stimmen und ohne Gegenstimmen für die Abnahme des Tätigkeitsberichtes der Ombudsstelle.



Daniel Wäfler
Kantonsrat SVP
Gossau

Sogar von der linken Ratsseite wurde Ombudsmann Jürg Trachsel eine politische Ausgeglichenheit im Amt konstatiert, was für die hohe Qualität seiner Arbeit spricht. Danach wurde der Tätigkeitsbericht der Datenschutzbeauftragten behandelt. Hier gab es seitens der SVP ebenfalls Lob für die Arbeit der Datenschutzbeauftragten. Es waren aber im Rat auch kritische Voten zu hören, insbesondere über die Praxis der kantonalen Verwaltung, Daten in Clouds in den USA abzuspeichern. Doch schlussendlich wurde der Tätigkeitsbericht mit 166 zu 0 bei 2 Enthaltungen genehmigt. Unter Traktandum 4 fand eine Einzelinitiative zur Gleichstellung von Konkubinats- und Ehepartnern bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer nicht die vorläufige Unterstützung des Kantonsrates, auch die SVP stimmte nicht dafür, sodass nur 11 Stimmen zustande kamen.

Zur Strommangellage

Das eigentliche Hauptgeschäft aus Sicht der SVP kam dann mit Traktandum 5 dran. Mit der Interpellation «Nicht tatenlos in die Strommangellage schlittern» forderten die SVP/EDU und FDP schnelle Antworten auf die brennenden Fragen und Unsicherheiten. Die Antworten des Regierungsrates zu einer dringlichen Interpellation zur drohenden Strommangellage wurden von Baudirektor Martin Neukom, Grüne Partei, präsentiert und fielen aus Sicht der Interpellanten enttäuschend aus. So stiess Erstunterzeichner Hans Egli, EDU Steinmaur, in seiner Rede nach und meinte: «Ich bin enttäuscht von der Regierung, denn als Vertreter der Realwirtschaft mache ich mir grosse Sorgen über die Strommangellage. Eigentlich trifft der Titel der Interpellation «Nicht tatenlos in die Strommangellage schlittern» den Nagel auf den Kopf. Weiter führte Hans Egli aus: «Was vor allem fehlt, ist das Aufzeigen, wie gross der Verbrauch im Kanton Zürich ist und welche Massnahmen wie viel Einsparpotenzial haben und Einsparungen ermöglichen. Der Bevölkerung muss nachvollziehbar kommuniziert werden, wieso welche Massnahmen be-

schlossen werden und was diese Massnahmen im Hinblick auf das 15%-Stromsparziel bewirken. Forderungen, die nicht glaubwürdig sind, sollten besser keine gemacht werden. Denn mit der Aussage des Bundesrats, nur noch alle zwei Tage oder zu zweit zu duschen, macht er sich lächerlich und unglaublich.»

In dieselbe Kerbe schlug auch Zweitunterzeichner Christian Lucek, SVP Dänikon, sodass eine richtige Diskussion im Kantonsrat entbrannte, in welcher Mitte-Links nun klar in der Defensive agierte.

Nach Diskussion und Repliken war die Interpellation dann im Rat durch, die aktuellen Herausforderungen der Energieversorgung wurden aber dadurch erst richtig sichtbar in unserem Kanton.

Kurz vor Mittag wurden als letztes Geschäft noch die künftigen Bestimmungen zum Anstellungsverhältnis der Ombudsperson des Kantons Zürich in erster Lesung behandelt. Schon deutlich nach 12.00 Uhr ertönte dann die Schlussglocke, doch für die meisten ging es am Nachmittag mit dem gesellschaftlichen Anlass des Kantonsrates mit der Politik weiter.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Nicht tatenlos in die Strommangellage schlittern



Paul von Euw
Kantonsrat SVP
Bauma

Unter diesem Titel wurde am vergangenen Montag eine Debatte zur dringlichen Interpellation aus den Reihen der SVP/EDU-Fraktion geführt. Der grüne Regierungsrat, Martin Neukom, beantwortete die Fragen der Interpellanten, bevor eine hitzige Debatte zum Thema Strommangel entflammte. Alle Parteien, mit Ausnahme von SP und den Grünen, bezeichneten die Antworten des Regierungsrates als oberflächlich und lückenhaft.

Nun gut, die Energiestrategie des Bundes ist ja ebenfalls sehr lückenhaft. Lücken, welche aufgrund ihrer Grösse eigentlich als Grand Canyon bezeichnet werden müssten. Wer aufgrund dieser Basis eine klare und vollständige Antwort eines Regierungsmitgliedes zum Thema Energie erwartet, wartet vergebens. Das war zu erwarten. Was jedoch nachdenklich stimmt, ist, dass nach wie vor die Mehrheit der Kantonsratsmitglieder keinen Zusammenhang zwischen der Energiestrategie des Bundes und der Strommangellage erkennen. Liebe Leserinnen und Leser, wir werden seit Jahren zunehmend abhängig von der Energie aus unseren Nachbarländern. Eine Abhängigkeit von einem Europa, welches einen konsequenten Ausstieg aus der Kohle- und

Kernkraft anstrebt, zu einem beachtlichen Teil schon umgesetzt hat und seit 15 Jahren fast ausschliesslich auf Sonnen- und Windenergie setzt. Einem Europa, welches als Alternative an nebligen und für windstillen Tagen auf Gaskraft setzt und das diese einen wichtigen Anteil der deutschen Stromproduktion ausmacht. Auf Gas, welches zu einem grossen Teil aus Russland stammt. Eine absolut volatile und unsichere Strategie. Und was macht die Schweiz? Wir hängen uns dem unsicheren Ausland an und hoffen dann, noch das zu erhalten, was übrigbleibt. So wird es kommen, wenn der Strom wirklich knapp ist. Erinnern wir uns an die Maskenlieferungen während der Coronazeit.

Sie erkennen den direkten Zusammenhang der schweizerischen und eben auch europäischen Energiepolitik und der Strommangellage. Die Politik muss nun Sofortmassnahmen für die anstehende Gefahr treffen, parallel dazu aber auch die Weichen für die Zukunft stellen. Wenn wir uns weiterhin an der Energiestrategie 2050 festklammern, kommen wiederkehrende Winter mit Stromknappheit auf uns zu, welche uns noch Jahrzehnte verfolgen würde. Neben den Sofortmassnahmen müssen jetzt auch Massnahmen für die kommenden Jahre und Jahrzehnte evaluiert und umgesetzt werden.

Die Politik muss jetzt dringend vom «Prinzip Hoffnung» wegkommen und sofort zum Prinzip «Sicherheit» umschwenken. Wenn dies nicht geschieht, werden wir uns an dunkle, kalte Wohnungen gewöhnen müssen.

STAATLICHE KONTROLLE OHNE ENDE

Der «füdliblutte» Verwaltungswahnsinn

Praktisch jeder bürgerliche Kantonsratskandidat fordert in irgendeiner Form «weniger Staat» und «Bürokratieabbau». Oftmals kommen diese Worthülsen bei den Wählern gar nicht mehr richtig an. Zeit, dem Thema mit Zahlen, Fakten und einer unglaublichen Anekdote neues Leben einzuhauchen.



Marc Wachter
Kantonsratskandidat SVP
Zumikon

Beginnen wir mit der Anekdote. Seit bald zwei Jahrzehnten engagiere ich mich in irgendeiner Form für den Unihockeysport und verbringe dadurch vor allem im Winter viele Wochenende in Schweizer Sporthallen. Während ich

früher selber aktiv spielte, trainiere ich heute Junioren. Gerade bei Juniorenturnieren ist es üblich, dass Mütter und Väter der Kinder in der Halle einen kleinen Stand mit selbstgemachtem Kuchen, Kaffee und anderen Snacks aufstellen und so einen Zustupf in die Vereinskasse generieren. Soweit alles normal.

Staatliche Kuchenkontrolleure

Vor ein paar Tagen wurde ich dann seitens Verein kontaktiert, ich möge doch die Eltern informieren, wann wir auf wie viele selbstgemachte Kuchen ange-

wiesen seien. Neben dem Kuchen sollen die backenden Eltern doch bitte noch das Rezept mitliefern. Auf meine Nachfrage, wieso das nötig sei, erhielt ich die Antwort: «Letztes Jahr wurden unsere Verkaufsstände mehrfach vom kantonalen Lebensmittelinspektorat besucht. Dabei wurde bemängelt, dass die Kuchen ohne Auflegen des Rezeptes verkauft wurden.» Jesses Gott! Der «füdliblutte» Verwaltungswahnsinn hat zugeschlagen.

Genau solche Anekdoten sind es, die mich nach «weniger Staat» und «Büro-

krateabbau» schreien lassen. Offenbar haben Staatsangestellte an einem Samstagnachmittag nichts Besseres zu tun, als hobbymässig geführte Verkaufsstände in Sporthallen zu besuchen und zu kontrollieren. Kein Wunder. Der Staatsapparat wächst kontinuierlich an. Man wird das Gefühl nicht los, man müsse die Leute irgendwie beschäftigen und

cher Vorschriften bei KMU auf sechs Milliarden Franken pro Jahr. Die Staatsangestellten kosten nicht nur, nein, sie richten auch noch einen volkswirtschaftlichen Schaden in der Höhe von sechs Milliarden an.

Alles Zahlen und Fakten, welche unsere Forderung von «weniger Staat» und «Bürokratieabbau» deutlich untermauern.

«Weniger Staat und mehr Bürokratieabbau»

sei es nur, um Vereinskaffeestuben zu kontrollieren.

Seit meinem Geburtsjahr 1996 wurden in der öffentlichen Verwaltung 30 000 Stellen geschaffen, Stellen in staats-eigenen Betrieben nicht eingerechnet. Jeder zehnte Arbeitnehmer arbeitet heute im öffentlichen Sektor.

Während die Arbeiter im privaten Sektor Wertschöpfung generieren, verwalten die anderen den Staatsapparat und das zu einem hohen Preis. Ein Bundesangestellter verdient im Durchschnitt CHF 9600.

Die Löhne in der Verwaltung sind in den letzten Jahren um knapp 14% gestiegen – im Privatsektor um 8%. Alles Anzeichen, dass der Staat zu schnell wächst und an zu vielen Orten eingreift. Eine weitere erschreckende Zahl gefällig? Gemäss Staatssekretariat für Wirtschaft belaufen sich die administrativen Kosten aufgrund staatli-

Was tun?

Der Staat lebt wie die Made im Speck. Während viele Betriebe noch an Corona-Nachwehen leiden oder aufgrund der drohenden Energieknappheit unter Druck geraten, erhalten praktisch alle Bundesangestellten eine automatische jährliche Lohnerhöhung. Der Ausuferung der Verwaltung sind endlich die Flügel zu stutzen.

Generelle Lohnerhöhungen sind sofort zu sistieren und wie in der Privatwirtschaft von der Leistung abhängig zu machen. Überflüssige oder zu wenig stark ausgelastete Stellen sind schnellstmöglich zu streichen. Zudem muss bei jeder vakanten Position abgewogen werden, ob diese wirklich neu zu besetzen ist.

Die Leser, welche sich nun fragen, wo ich den Rotstift ansetzen würde, lade ich gerne zu unserem nächsten Juniorenturnier ein.

Die beiden Herren, welche beim Kuchenbuffet die Rezepte kontrollieren, wären die ersten. Und glauben Sie mir – der Kuchen würde auch ohne staatliche Kontrolle gut schmecken.

WORTE DER REGIERUNGSRÄTIN

«Lokale Lebensmittel für die Gesundheit von uns allen»

Am vergangenen Sonntag fühlte ich mich kurzweilig in meine Lehrzeit zurückversetzt. Grund dafür war die diesjährige Ausgabe der vom Zürcher Bauernverband organisierten Veranstaltung «vo puur zu puur», bei welcher ich die Gelegenheit hatte, ein Grusswort aus dem Regierungsrat zu überbringen. Die Besuchenden erhielten Einblick in das vielfältige Tätigkeitsgebiet der Landwirte, welches ich im Rahmen meiner KV-Lehre bei der Firma fenaco bestens kennengelernt hatte und die Erinnerungen daran nun wieder auffrischen konnte.

«vo puur zu puur» ermöglicht es der Bevölkerung jedes Jahr im September, die Landwirtschaft in unserem Kanton dank einem «Tag der offenen Stalltüre» auf den teilnehmenden Höfen zu erleben. Ich hoffe, dass diese tolle Veranstaltung die Menschen neben dem Erlebnis auch für die wertvolle Tätigkeit der Bauern sensibilisieren kann. Denn Landwirte tragen tagtäglich und mit grossem Engagement mit der Herstellung von marktnah produzierten Lebensmitteln zur Gesundheit der Zürcher Bevölkerung bei – dies

freut mich als Gesundheitsdirektorin natürlich besonders. Auch deshalb, weil mir mit dem Veterinäramt und dem Kantonalen Labor zwei kantonale Ämter angegliedert sind, welche eine Zuständigkeit im Zusammenhang mit der Sicherstellung von gesunden Lebensmitteln und Tieren haben.

Bauern haben einen sehr schönen Beruf in der freien Natur, an der frischen Luft. Sie sind aber auch fleissige «Chrampfer». Dabei haben sie gesetzliche Vorschriften zu beachten und sich in einem nicht immer einfachen, zunehmend auch globalen Markt zu behaupten. Zudem sehen sie sich regelmässig mit neuen Volksinitiativen konfrontiert, welche eine Schwächung der Landwirtschaft zur Folge hätten. Bislang wurden zum Glück die meisten von Volk und Ständen abgelehnt, zuletzt die beiden «Agrarinitiativen» im Juni 2021. Bereits kommt die nächste Initiative an die Urne: Am kommenden Wochenende stimmen wir über die «Massentierhaltungsinitiative» ab. Diese Initiative ist weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll. In der aktuellen Weltlage mit dem Krieg in der

Ukraine und der drohenden Energiemangellage steigen die Preise in vielen Bereichen des Alltags an. Und mit Annahme der «Massentierhaltungsinitiative» riskieren wir, dass auch inländische Tierprodukte teurer würden. Für zahlreiche Haushalte stellen die steigenden Preise eine grosse Belastung dar. An dieser Stelle möchte ich den Bauern für ihren grossen Einsatz für Land und Bevölkerung danken. Sie stellen nicht nur die Versorgung sicher, sondern schützen und pflegen auch unser Kulturland. Und sie tragen mit Lebensmitteln aus der Region zur Gesundheit der Bevölkerung bei. Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, danke ich, wenn Sie mit dem Einkauf lokaler Produkte die einheimische Produktion unterstützen.



von
Natalie Rickli



Paul von Euw

Ihr Statthalter unser Bezirk Päfikon

- ✓ Langjährige Führungserfahrung mit betrieblicher Gesamtverantwortung.
- ✓ Langjährige Erfahrung als Mitglied des Zürcher Kantonsrates und als Gemeinderat.
- ✓ Langjährige Erfahrung als Mitglied einer Altersheimkommission und als Feuerwehrmann.

offen erfahren kompetent



KANTONSRAATSWAHLEN 2023

Der Bezirk Uster ist bereit für den Wahlkampf

svp. Die SVP des Bezirks Uster hat anlässlich ihrer Parteiversammlung die Kandidaten für die Kantonsratswahlen 2023 nominiert und die Liste verabschiedet. Angeführt wird die Wahlliste von den bisherigen Kantonsräten Jacqueline Hofer aus Dübendorf, Ueli Pfister aus Esslingen, Patrick Walder aus Dübendorf und Maria Rita Marty aus Volketswil. Auf den weiteren Lis-

tenplätzen folgen fünf Kandidatinnen und Kandidaten, die sich bereits im Jahr 2019 zur Wahl stellten, sowie sieben neu antretende Kandidaten. Ziel der SVP Bezirk Uster ist, den fünften Sitz zurückzugewinnen, der bei den Wahlen 2019 verlorengegangen ist. Die Bezirkspartei ist überzeugt, dieses Ziel mit ihren zahlreichen jungen und motivierten Kandidaten zu erreichen.

KR-Wahlen 2023 SVP Bezirk Uster

Name	Ort	
1 Hofer Jacqueline	Dübendorf	bisher
2 Pfister Ueli	Egg	bisher
3 Walder Patrick	Dübendorf	bisher
4 Marty Maria Rita	Volketswil	bisher
5 Infortuna Tobias	Egg	
6 Pfister Alexandra	Uster	
7 Vontobel Rico	Maur	
8 Fischer David	Volketswil	
9 Schanz Lukas	Dübendorf	
10 Bertschinger Pascal	Volketswil	
11 Streit Benjamin	Uster	
12 Sonderegger Priska	Dübendorf	
13 Borer Anita	Uster	
14 Hostettler Sabina	Volketswil	
15 Heimann Marcel	Egg	
16 D'Amelio Sandro	Uster	



Das Foto entstand anlässlich des Informationsanlasses betreffend Wahlwerbung und Wahlkampf, an dem 15 der 16 Kandidaten teilnahmen. Bild: zVg

FÜR EINE SICHERE ZUKUNFT IN FREIHEIT

Energiepodium in Niederglatt erhitzt die Gemüter

Einmal mehr organisierte die SVP Sektion Niederglatt am 6. September 2022 im Zentrum «Eichi» eine Podiumsdiskussion zum Thema der Stunde: «Droht der Black-out?» Als Moderator konnte Kantonsrat Hans Egli (EDU) gewonnen werden, der diese anspruchsvolle Aufgabe souverän meisterte. Nach einer kurzen Begrüssung des zahlreich angereisten Publikums durch Sektionspräsident Peter Ruoss schenken sich die Teilnehmer nichts. Mit der Aussage «die Energiestrategie 2050 kann gar nicht gescheitert sein, denn die Umsetzung hat noch gar nicht begonnen» versuchte der Grüne Kantonsrat Thomas Forrer die Aussage von SVP-Nationalrat Bruno Walliser zu parieren, wonach die aktuelle Situation die logische Konsequenz einer ideologischen Energiepolitik sei. Auch wenn mehrmals betont wurde, es gehe nicht um Schuld-

zuweisungen, konnte es die Grünen Nationalrätin Marionna Schlatter nicht lassen: Für sie sind die Bürgerlichen die Schuldigen an der Strommangellage, da sie alles verhindern würden, was in Richtung grüner Energie gehen würde. Auf den Punkt brachte es SVP-Kantonsrat Christian Lucek. Aus seiner Sicht können und sollen die Erneuerbaren ihren Beitrag an eine genügende Elektrizitätsversorgung leisten, aber wie man es drehe und wende, ohne Grosskraftwerke sei eine sichere Stromversorgung nicht zu erreichen.

Zeit für Fragen

Gegen Ende bekam das Publikum die Gelegenheit, ebenfalls Fragen zu stellen. Die Grünen hätten früher die sofortige Abschaltung der bestehenden Kernkraftwerke gefordert. Ob diese Forderung noch immer bestünde, woll-

te ein Besucher wissen. Marionna Schlatter bemühte sich sichtlich um eine ausufernde Erklärung, gab dann aber doch deutlich zu verstehen, dass sie selbst es momentan nicht «für den richtigen Zeitpunkt» halte, die verbleibenden Kernkraftwerke herunterzuführen, solange sie sicher seien. Generell verlief die Diskussion sehr professionell, sachlich und bot der Bevölkerung eine ausgezeichnete Gelegenheit, sich eine Übersicht zu verschaffen. Im anschließenden, informellen Gespräch mit Nationalrätin Schlatter konnte sich der Sektionspräsident darüber hinaus davon überzeugen, dass sich die Grünen sehr wohl bewusst sind, dass das Gelingen einer «Photovoltaik-Strategie» im Grunde einzig und allein von China abhängt. Wenig überraschend spricht man offenbar nur nicht gern darüber.

Peter Ruoss, Niederglatt ZH

ENDLOSE VELOFÖRDERUNGSMASSNAHMEN

Das Velo, des Städtzürchers heilige Kuh

Sämtliche Abstimmungen der letzten Jahre zur Förderung des Velofahrens hat die Städtzürcher Stimmbürgerung durchgewunken. Aber waren sich die Stimmbürger auch wirklich bewusst, was sie da an Konsequenzen losgetreten haben?



Christoph Marty
Kantonsrat SVP
Zürich Kreis 10

Mit der öffentlichen Planaufgabe vom 17. Juni 2022 wurde den Bewohnern des Sydefädels, der Ackersteinstrasse, der Hönggerstrasse, der Limmattalstrasse und der Strassen im Perimeter der Riedhofstrasse schlagartig bewusst, dass die ganzen Veloförderungsmassnahmen unangenehme Folgen für die betroffenen Anwohner haben werden, sollten sie umgesetzt werden: Dass für die Realisierung von «Velo Komfortrouthen» ein Kahlschlag bei den Parkplätzen der blauen Zone durchgesetzt werden soll. Auch dank des Engagements der SVP-Kreispartei Zürich 10 konnte erreicht werden, dass an die 400 Rekurse von betroffenen Anwohnern gegen die Projekte erhoben wurden.

Velofahren kostet viel und bringt wenig

Es wäre ja nicht per se auszuschliessen, dass mehr Veloverkehr tatsächlich die prognostizierte Entlastung unserer Strassen, «Klimaschutz» etc. mit sich bringen könnte. Aber was davon hält einer Prüfung stand? Leider wenig bis nichts. Das Velo ist bei minimalster

Personenförderungsleistung das teuerste und gefährlichste «Verkehrsmittel», welches vom Steuerzahler und Autofahrer aufs massivste subventioniert werden muss. Aber der Reihe nach.

Wer bezahlt die ganzen Velo-Strasseninfrastrukturen?

Der Velofahrer zahlt weder Verkehrsabgaben, noch beteiligt er sich in anderer Form an den Infrastrukturkosten. Der Kanton Zürich unterhält einen Strassenfonds, welcher zu 70% durch die Verkehrsabgaben des motorisierten Individualverkehrs (MIV) und zu 30% durch Treibstoffzuschläge und die LSVA geäuft wird. Diesen Sommer hat die rot-grüne Kantonsratsmehrheit durchsetzen können, dass ca. 1/3 der Investitionen für Veloverkehrsinfrastrukturen eingesetzt werden soll. 2020 haben die Stimmbürger mit der Parlamentarische Initiative aus rot-grünen Kreisen zum «Strassengesetz §30» verlangt, dass inskünftig der Unterhalt der Gemeindefrassen aus dem kantonalen Strassenfonds mit mindestens 20% mitfinanziert werden muss. So müssen nun auch auf Stadtgebiet die Autofahrer mit ihren Abgaben die sachfremden Investitionen stemmen.

Die sozialen Kosten eines Schönwettervehikels

Die Unfallstatistik der Stadt Zürich zeigt ein erschreckendes Bild. Trotz An-

teil von unter 10% der Personenbeförderungsleistung (Quelle Stadt Zürich) generieren die Velofahrer mit Abstand die meisten Unfälle mit Personenschäden.

Eine interessante Begründung für eine Schwankung der Unfallzahlen im 2021 lieferte die in linksgrünen Kreisen unverdächtige städtische Dienstabteilung Verkehr (der DAV steht eine ehemalige SP-Kantonsrätin vor, welcher als verdiente Genossin die Leitung der Behörde übertragen wurde): «Die tieferen Unfallzahlen im Veloverkehr hängen auch mit dem schlechten Wetter im Jahr 2021 zusammen, was zu einer geringeren Velonutzung führte.»

Was wäre wenn?

Was würde passieren, wenn von einem Tag auf den anderen in Zürich kein Mensch mehr mit dem Velo unterwegs wäre? Der marginale Anteil von Velofahrern am Gesamtverkehr würde sich bei den anderen Verkehrsträgern nicht wirklich bemerkbar machen, wir hätten mindestens 40% weniger Personenschäden, deren Heilungskosten von uns allen mit höheren Versicherungsprämien getragen werden müssen.

Und das viele Geld, das in Zürich für die ganzen übertriebenen Veloförderungsmassnahmen verschwendet wird, müsste dem Steuerzahler und MIV-Nutzer nicht mehr aus der Tasche gezogen werden.

PETITION MIT ÜBER 900 UNTERSCHRIFTEN EINGEREICHT

Wieder ein dreiteiliges Sek-Schulmodell in Wetzikon!

Seit dem Schuljahr 2018/19 wird in Wetzikon keine Sek-C-Stufe mehr geführt. Trotz politisch breit abgestützter Kritik im Parlament hält die Schulpflege unbeirrt an nur zwei Sekundarschulabteilungen fest.



Timotheus Bruderer
Gemeinderat SVP
Wetzikon

Aus diesem Grund wandte sich der Verein «Starke Volksschule Zürich» mittels einer Petition an die Wetziker Bevölkerung, um erneut zu signalisieren, dass die Abschaffung der Sek C nicht dem Wohl der leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler dient. Die Mühe hat sich gelohnt: Mit 918 Unterschriften konnte die Petition am 20. September dem Schulpräsidenten überreicht werden. Um der Petition Nachdruck zu verleihen, reichte die SVP-Fraktion am gleichen Tag ein Postulat im Wetziker Parlament ein.

Die damalige Sekundarschulpflege Wetzikon hat im Jahr 2017 beschlossen, die Sek C abzuschaffen. Ab dem Schuljahr 2018/19 wurden nur noch die Abteilungen A und B geführt. Im Jahr 2020 wurde das Thema im Wetziker Parlament mit kritischen Fragen in einer politisch breit abgestützten Interpellation aufgenommen. Die Folge davon war, dass die Schulpflege im Jahr das aktuelle Sekundarschulmodell evaluierte. Die Evaluation ergab, dass mehr als 50% der befragten Lehrpersonen dem aktuellen Schulmodell kritisch oder sehr kritisch gegenüberstanden. Trotzdem hält die Schulpflege unbeirrt an nur zwei Sekundarschulabteilungen fest.

Petition als Antwort auf trotzen Haltung der Schulpflege

Die Haltung, Schüler mit sehr unterschiedlichen Leistungsvoraussetzungen in Einheitsklassen zusammenzufassen, mag dem aktuellen Zeitgeist entsprechen, wie ihn die Bildungsbürokratie propagiert. Allerdings ist längst erwiesen, dass darunter vor allem die lernschwachen Schüler leiden und in ihren schulischen Entwicklungsmöglichkeiten benachteiligt werden. Diesen besorgniserregenden Entwicklungen gilt es endlich Einhalt zu gebieten.

Aus diesem Grund wandte sich der Verein «Starke Volksschule Zürich» mittels einer Petition an die Bevölkerung von Wetzikon und Umgebung, um der Schulpflege erneut zu signalisieren, dass die Abschaffung der Sek C nicht dem Wohl der leistungsschwächeren

Schülerinnen und Schüler dient. Der Stadtrat bzw. die Schulpflege werden mit der Petition aufgefordert, die Kritik seitens Lehrpersonen, Parlament und Bevölkerung ernst zu nehmen und wieder mindestens eine zusätzliche Abteilung an der Sekundarschule in Wetzikon einzuführen.

Aktive Mithilfe der SVP bei der Unterschriftensammlung

Die SVP Wetzikon hat die Petition unterstützt, weil sie unseren schulpolitischen Zielsetzungen entspricht. Etliche Parteimitglieder haben mit grossem Einsatz mitgeholfen, Unterschriften zu sammeln. Dafür sei ihnen herzlich gedankt. Der Petition war ein eindrücklicher Erfolg beschieden, welcher selbst die Initianten überrascht hat. Sage und schreibe 918 Personen, davon zwei Drittel aus Wetzikon und Seegraben und vierzehn Parlamentsmitglieder, aber auch etliche Lehrpersonen, haben die Petition unterzeichnet. Am 20. September durfte eine Delegation des Vereins und der Wetziker Bevölkerung dem Schulpräsidenten die Petition überreichen.

Doppelt hält besser: Postulat auf Grundlage der Petition

Die klare Willensäußerung der Bevölkerung darf nicht ignoriert werden. Um der Petition Nachdruck zu verleihen, hat die SVP-Fraktion am gleichen Tag im Wetziker Parlament ein Postulat eingereicht. Mit diesem Vorstoss wird der Stadtrat aufgefordert, in einem Bericht zu erläutern, wie er den Forderungen der Petition nachkommen will und wie er wieder ein dreiteiliges Schulmodell an der Sekundarschule Wetzikon einzuführen gedenkt.



Zeno Schärer (2.v.l.) und Timotheus Bruderer (3.v.l.) mit einer Delegation aus Parlament und Wetziker Bevölkerung bei der Übergabe der Petition an den Wetziker Schulpräsidenten (4.v.l.).

GEWERBESCHAU DIELSDORF 8.–11.9.2022

Die Gewinner stehen fest

Während die einen am Glücksrad ihr Glück versuchten, diskutierten andere über die aktuelle politische Lage.

Andere füllten wiederum den Wettbewerb aus in der Hoffnung, den Hauptgewinn oder eine der anderen attraktiven Preise zu gewinnen. Die Fragen auf der Wettbewerbskarte führten zu ge-

wünschten Diskussionen und wurden von den Teilnehmern souverän gelöst. Anlässlich des Wahlauftraktes der SVP Bezirk Dielsdorf und den Kantonsratswahlen 2023 wurden dann die Gewinner gezogen. Noch eine Randbemerkung: Da hatten die Herren für einmal das Nachsehen, denn Herrn Stocker's Glückshändchen war so treffsicher, dass nur ein Herr unter den glücklichen Gewinnern war. Alle anderen Preise holte sich das weibliche Geschlecht. Zufall oder einfach nur Geschick? Auf jeden Fall führte dies im Publikum zu einem herzhaften Lachen. Alle Gewinner werden persönlich kontaktiert, damit die Preise übergeben werden können. Die SVP Bezirk Dielsdorf gratuliert allen Gewinnern.



Kein Geringerer als Regierungspräsident Ernst Stocker (SVP) agierte als sogenannte «Glücksfee». Bild: zVg

Im Namen der SVP Bezirk Dielsdorf
Erika Zahler, Kantonsrätin SVP

WICHTIGER DENN JE ...

Albisgüetli-Tagung 2023

Wie viele schon bemerkten, haben die Vorbereitungen für die Albisgüetli-Tagung 2023 bereits begonnen. Diese wird am 20. Januar 2023, am gewohnten Ort, im Schützenhaus Albisgüetli, stattfinden. Bereits sind spannende Referenten angefragt, die ersten Sponsoren akquiriert und das OK voller Motivation an der Arbeit.



Alexandra Pfister
OK-Präsidentin
Albisgüetli-Tagung
Uster

Warum ist die Durchführung der Albisgüetli-Tagung dieses Jahr wichtiger denn je? Nun es liegt auf der Hand, dass das Jahr 2023 die politische Landschaft nachhaltig prägen wird. Wichtige Weichen für unser Land werden gestellt! Denn 2023 ist ein Wahljahr. Zürcher Kantons- und Regierungsratswahlen stehen im Februar an und im November folgen dann die nationalen Wahlen. Der Fokus für uns und die SVP liegt hier klar. Es gilt, die rot-grüne Regenschiffung zu beenden!

Der grösste, schönste und wichtigste politische Anlass der Schweiz, traditionsgemäss am dritten Freitag im Januar, ist nicht nur ein wichtiger gesell-



Das Albisgüetli-OK freut sich auf die nächste Ausgabe der Tagung am 20. Januar 2023. Bild: zVg

schaftlicher Anlass mit Rede und Gegenrede, sondern auch der Auftakt

für das neue politische Jahr. Das Jahr 2023 wird richtungsweisend und der Auftakt muss klar und deutlich erfolgen. Unser Alt Bundesrat und Begründer der Albisgüetli-Tagung, Dr. Christoph Blocher, wird wieder seine berühmte Rede halten, auf welche wir uns schon jetzt gespannt freuen. Daher sollte es klar sein, dass auch Sie, unsere SVP-Familie, mit dabei sein sollen.

Natürlich braucht es nicht nur die Albisgüetli-Tagung für ein gelungenes Wahljahr. Wir alle sollten die Gelegenheit packen und die hoch engagierten Kandidierenden der SVP unterstützen. Wer gewinnen will, wählt SVP Liste 1, denn die SVP – egal in welchem Kanton – braucht Ihre Stimme, denn nur so kann eine bürgerliche Politik gewährleistet werden.

Im Namen des OK der Albisgüetli-Tagung 2023 freue ich mich, Sie und Ihre Liebsten am 20. Januar 2023 im Restaurant Schützenhaus persönlich zu begrüssen.

JUBILÄUM 100 JAHRE FORCHDENKMAL

Monument des Bürgertums

Das Forchdenkmal ob Küsnacht wird am Samstag hundertjährig. Es erinnert an die verstorbenen Wehrmänner des Ersten Weltkriegs und ist bis heute Ort von vaterländischen Manifestationen.



Christoph Mörgeli
Alt Nationalrat SVP
Stäfa

Die Anregung kam aus dem Kreis der Zürcher Unteroffiziersgesellschaft: Man solle ein Denkmal für die während der Grenzbesetzung 1914 bis 1918 verstorbenen Wehrmänner, unter denen sich viele Opfer der Spanischen Grippe befanden, errichten. Ein «Ehrenkomitee» unter dem Präsidium von Regierungsrat Rudolf Maurer (Bauernpartei) sammelte Geld für dieses Vorhaben. Aus den fast hundert eingegangenen Vorschlägen entschied sich eine Fachjury für ein Projekt «Opferflamme» des Architekten Otto Zollinger.

Man wollte das Wehrmännerdenkmal keinesfalls in der Stadt Zürich errichten, sondern auf der Landschaft. Denn nach den Ereignissen des Generalstreiks herrschte eine tiefe Kluft zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaften einerseits und dem Bürgertum andererseits; der Graben vertiefte sich auch, weil die SP die Landesverteidigung damals strikt ablehnte.

Wahl fiel auf Küsnacht

Aus mehreren konkurrierenden Gemeinden setzte sich schliesslich Küsnacht durch, da der vorgeschlagene Platz auf der Forch einen prächtigen Ausblick auf See, Alpen und ins Zürcher Oberland bot. Am 24. September 1922 enthielt der freisinnige Bundespräsident Robert Haab aus Wädenswil das Forchdenkmal vor mehreren zehntausend Besuchern und viel Militär. Zweiter Hauptredner war Regierungpräsident Ernst Tobler von der Bauernpartei, der ebenfalls mit kräftiger Stimme ans hingebende Opfer von mehreren hundert Zürcher Wehrmännern erinnerte. Während die Bauernpartei (heute SVP), die Freisinnig-Demokraten und die Demokraten begeistert hinter dem Denkmal standen, lehnte es die Linke ab. Das SP-Organ «Volksrecht» erwähnte die Enthüllung mit keinem Wort. Und unter der Karikatur in einer sozialistischen Zeitschrift standen die Spottverse: «Was sagt eine goldene Rübe, am Berg so hoch, so her/Was tanzt im Mondenschein ein Oberstdivisionär?»



Das Forchdenkmal in der Gemeinde Küsnacht erinnert an die gefallenen Soldaten des Ersten Weltkriegs. Bild: Wikipedia

Für die Bürgerlichen bildete das Wehrmännerdenkmal in den kommenden Jahrzehnten aber einen Ort von zahlreichen Manifestationen. 1931 strömten auf Einladung der Bauernpartei und des Zürcher Landwirtschaftlichen Kantonalvereins zehntausend Besucher zusammen, um eine Rede von Bundesrat Rudolf Minger zugunsten der Landesverteidigung anzuhören.

In den Dreissigerjahren bekannten sich mehrmals studentische Organisationen auf der Forch feierlich zur Armee. 1946 und 1951 bestand das Projekt, auf der Forch auch an die Opfer der Soldaten des Zweiten Weltkrieges zu erinnern. Die linke Seite im Kantonsrat wollte lieber Geld an die Hinterbliebenen auszahlen. Noch 1993 lehnte der Regierungsrat den Vorstoss des Küsnachter SVP-Kantonsrats Ueli Welti zugunsten einer Denkmalerweiterung ab.

Erinnerungsort der SVP

In der Forch bot das Forchdenkmal oftmals eine imponierende Kulisse für militärische Fahnenübernahmen und Brevetierungen, für feierliche Kranzniederlegungen oder als Ziel von Sportveranstaltungen.

Anlässlich eines «Schulterschlusses aller vaterländischen Kräfte» verlas 1973 der spätere SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer an einer Kundgebung den Bundesbrief. Als 1976 die «Internationale der Kriegsdienstgegner» eine Veranstaltung beim Forchdenkmal durchführen

wollte, verweigerte der Regierungsrat allerdings eine Bewilligung. Dafür feierte 1979 die SVP des Kantons Zürich ihr 60-Jahre-Jubiläum nationaler Politik auf der Forch; der berittene Kavallerieverein Zürichsee rechtes Ufer weihte dabei die an den SVP-Delegiertenversammlungen heute noch aufgefanzten Bezirksfahnen ein. Noch immer ist das Denkmal Durchführungsort der Bundesfeier der Gemeinde Küsnacht. Unvergessen blieb vor allem die markante, vielbesuchte 1.-August-Feier von 1992, an welcher der damalige SVP-Präsident Christoph Blocher im Vorfeld der EWR-Abstimmung sprach. Zum 100jährigen Bestehen am Samstag an dieses Wochenendes ist die gesamte Bevölkerung zu einer eindrucksvollen Feier auf die Forch eingeladen.

100 Jahre Forchdenkmal Samstag, 24. September 2022, ab 13.30 Uhr

Beginn mit einem Platzkonzert, ab 14 Uhr Grusswort von Gemeindepräsident Markus Ernst, Reden von Regierungsrat Ernst Stocker und Regierungsrat Mario Fehr, besinnliche Worte von Samuel J. Schmid, Chef Armeeesorge, Kranzniederlegung und Kurzansprache von Divisionär Rolf Siegenthaler. Gratisabgabe von Verpflegung und Getränken. Organisation: Kantonaler Unteroffiziersverband Zürich & Schaffhausen.

PROGNOSEN

Der Verleger hat das Wort

Das Bundesamt für Energie (BFE) glaubte, es ganz genau zu wissen. In seinen «Energieperspektiven für die Schweiz bis 2050» sagte das BFE nämlich 2017 die Energienachfrage und das Elektrizitätsangebot in der Schweiz der nächsten Jahrzehnte voraus. Und wir lesen staunend, dass 2050 in der Schweiz 8 983 000 Menschen leben werden.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Dummerweise wird die Schweiz noch in diesem Jahr 2022 bereits die Neun-Millionen-Grenze übertreffen. Weil schon Anfang dieses Jahres 8 824 554 Menschen in unserem Land gelebt haben. Die seither zu uns gekommenen Flüchtlinge aus der Ukraine, die diesjährigen Asylbewerber, die EU-Zuwanderer und jene aus Drittländern sind noch nicht mitgerechnet. Wir sehen: Propheten können sich ganz gewaltig irren.

Die damalige Bundesrätin Doris Leuthard sagte, die Energiestrategie werde nur eine Energieteuering von 40 Franken pro Haushalt kosten.

Die Gegner der Energiestrategie – die SVP – prophezeiten mindestens 3200 Franken und wurden als Lügner

bezeichnet. Heute sieht und spürt man, wer die Lügner sind. Propheten können sich nicht nur irren, sondern manchmal auch schlecht rechnen. Die Planer im UVEK haben auch vorausgesagt, dass die Schweiz im Jahr 2050 weniger Strom als heute brauchen werde.

Sie vergessen die Zuwanderung, die Elektromobilität und die strombetriebenen Wärmepumpen. Man rechne! Der Bundesrat verkündete 1999, die Personenfreizügigkeit bringe eine jährliche Netto-Zuwanderung von weniger als 8000 Menschen. Es waren dann Jahr für Jahr zehnmals mehr! Wie konnte das geschehen?

Im Wirtschaftsleben muss die Zukunft auch beurteilt und prognostiziert werden. Der Unterschied zum Staat: Wer sich als Unternehmer grob verschätzt, geht mitsamt seinem Unternehmen unter. Und wer sich als Manager grob verschätzt, muss den Hut nehmen. Wenigstens in den gut beaufsichtigten Firmen. Nur beim Staat hat es keine Folgen.

SVP OETWIL AM SEE

Puurezmorge mit prominenten Gästen

Bei herrlichem Wetter konnte der 2. Oetwiler SVP-Puurezmorge der jüngeren Zeit durchgeführt werden. Gegen 200 Personen, darunter viele Kinder, genossen das von Claudia Wüthrich vorzüglich vorbereitete, umfangreiche Buffet. Auch Prominenz habe sich eingefunden: So wusste der neue SVP-Präsident des Kantons Zürich, Domenik Ledergerber aus Herrliberg, in einer kurzen Ansprache über sämtliche Themen der kommenden Abstimmungen die wesentlichen Aspekte zu beleuchten. Daneben waren auch Nationalrat Thomas Matter mit Frau Marion, Bezirksparteipräsident Tumasch Mischol und Gemeinderätin Diana Engelland anwesend. Und wie es so üblich ist, dau-

erte das gemütliche Verweilen mit den Goldinger Örgeliebe und bei Grillwürsten bis tief in den Nachmittag hinein. Der Bauernhof der Familie Schlumpf eignete sich hervorragend für die Durchführung eines solchen Anlasses.



V.l.n.r.: Tumasch Mischol, Diana Engelland, Marion Matter, KR Domenik Ledergerber, NR Thomas Matter.Bild: zVg



Die Schweizerische Volkspartei SVP des Kantons Zürich und die SVP der Stadt Zürich suchen per sofort oder nach Vereinbarung eine/n

Parteisekretär/-in (50 %) der SVP der Stadt Zürich

Sie suchen eine anspruchsvolle, vielseitige Arbeit? Sie lieben den Umgang mit Menschen? Sie leben gerne in der Stadt Zürich? Sie nehmen motiviert am direktdemokratischen Leben der Stadt teil? Sie teilen die bürgerlichen und freiheitlichen Werte der Schweizerischen Volkspartei (SVP)? Wenn Sie alle Fragen mit Ja beantworten, bewerben Sie sich für die spannende Aufgabe, das Sekretariat der SVP der Stadt Zürich zu führen.

In dieser vielseitigen, dynamischen und verantwortungsvollen Position als Parteisekretär/-in sind Sie mit einem motivierten Team einerseits für den reibungslosen und termingerechten Ablauf der allgemeinen Sekretariatsfunktionen zuständig.

Andererseits warten folgende spannende Aufgaben auf Sie:

- Als Parteisekretär/-in führen Sie das Sekretariat der SVP der Stadt Zürich.
- Sie sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam mit einem Team Aufträge zu erfüllen.
- Sie führen Projekte und Geschäfte und stellen die Kommunikation gegen innen und aussen sicher. Sie unterstützen die Parteipräsidentin und die Parteileitung.
- Sie nehmen aktiv an der Vorbereitung und Durchführung von Abstimmungskampagnen und Wahlen teil.
- Sie organisieren und protokollieren im Auftrag der Parteipräsidentin die Parteiversammlungen.
- Sie verfügen über ein stilsicheres Deutsch, über gute Kenntnisse der MS-Office-Anwendungen, der Social-Media-Plattformen (Twitter, Facebook) und können Wordpress (Bewirtschaftung von Internet-Seiten) anwenden.

Für diese anspruchsvolle Stelle bringen Sie Ihre Begeisterung für Politik und die Werte der SVP mit. Sie verfügen über eine kaufmännische Grundausbildung oder eine entsprechende Ausbildung.

Wir bieten zeitgemässe und attraktive Anstellungsbedingungen.

Ihre Bewerbung mit den vollständigen Unterlagen und einem Motivationsschreiben senden Sie im PDF-Format an werner.gartenmann@svp-zuerich.ch.

Für Auskünfte stehen Ihnen Parteipräsidentin Camille Lothe (079 265 67 81) oder der Parteisekretär der SVP Kanton Zürich Werner Gartenmann (079 222 79 73) zur Verfügung.

Fadegrad



von
Daniel Oswald

Ein Kistenpass für Elsau

Die direkte Verbindung zwischen Winterthur-Hegi und Wiesendangen wird im Volksmund auch Kistenpass genannt. Dieser Beinamen stammt aus der Zeit, als in der Stadt Winterthur noch eine Stunde früher Polizeistunde war als in Wiesendangen und deshalb in den Mitternachtsstunden der Kistenpass sehr gut befahren war. Heutzutage ist es in der Nacht auf dieser Strasse sehr ruhig. Das höchste Verkehrsaufkommen ist jetzt während der Morgen- und Abendstunden während des Berufsverkehrs. Leider sind viele Pendler gezwungen, diese Ausweichroute zu benutzen, weil die Verkehrskapazitäten der Frauenfelder- und der Seenerstrasse mit viel Geld massiv reduziert wurden. Ich fahre schon mehrere Jahre täglich auf meinem Arbeitsweg über den Kistenpass. Seit einigen Monaten stelle ich fest, dass immer mehr Velofahrer zur Zeit der Rushhour ebenfalls den Kistenpass benutzen. Auf dem Gemeindegebiet von Wiesendangen ist die Strasse ausgebaut. Aber auf dem Winterthurer Gemeindegebiet sieht es ganz anders aus. Die Strasse ist gerade breit genug, dass zwei Autos kreuzen können. Ein Strassenunterhalt wird nicht durchgeführt. Die Strassenränder weisen mehr Schlaglöcher als weiss markierten Teer auf. Parallel zur Strasse führt ein Feldweg. Teilweise ebenfalls asphaltiert und teilweise mit einem soliden Kiesbelag, welcher problemlos mit einem Velo befahren werden kann. Auf meine Frage, was die Stadt Winterthur alles unternehmen müsste, damit die Velofahrer auf dem Feldweg und nicht auf der Strasse den Weg zwischen Wiesendangen und Winterthur zurücklegen würden, erhielt ich die Antwort, dass dieses Problem bekannt sei, aber meine Frage wurde nicht beantwortet. Die zuständige Stadträtin Christa Meier (SP) hielt ein flammendes Votum gegen den Autoverkehr. Sowohl Wiesendangen wie auch die Stadt Winterthur wollen den Kistenpass schliessen. Man sei dazu gemeinsam in Verhandlungen mit der Gemeinde Elsau. Somit wurde auch durch den Stadtrat Winterthur zugegeben, dass Strassenkapazitäten fehlen und Elsau deshalb mehr Umwegverkehr in Kauf nehmen muss. Ich hoffe, der neu gewählte Gemeinderat Wiesendangen kommt auf diesen Entscheid zurück. Eine Schliessung des Kistenpasses für den Autoverkehr kann diskutiert werden, wenn die Erschliessungsstrasse Neuhegi-Grüze realisiert ist. Sie sagte auch unmissverständlich, dass der Raum für den Autoverkehr nicht vergrössert werde. Also führt sie uns mit den grossen Planspielen rund um die Erschliessungsstrasse Neuhegi-Grüze schlichtweg nur an der Nase rum.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Lichterlöschchen in Zürich: Die Unsicherheit für Frauen nimmt zu!

Bars und Nachtclubs gehören zum Stadtzürcher Nachtleben und auch zum Wochenendprogramm einer 28-jährigen Frau. Doch es stellt sich die Frage: Wie lange noch? In der Stadt Zürich kommt es zu mehr Straftaten als in allen anderen Bezirken des Kantons.



Camille Lothe
Präsidentin SVP
der Stadt Zürich
Zürich Kreis 01/02

Als grösste Stadt der Schweiz ist Zürich ein Anziehungspunkt des Nachtlebens und Ort vieler Grossveranstaltungen. Damit verbunden sind Vermögens- und Gewaltdelikte. Wer jetzt eine Sicherheitsoffensive der Stadtzürcher Regierung erwartet, irrt. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Kriminalstatistik zeigt, dass es im Jahr 2021 zu 1294 Taschendiebstählen und 85 Entreisssdiebstählen in der Stadt Zürich kam. Die Stadtpolizei informierte dazu bereits im August, dass der Rekord an Diebstählen in den Zürcher Badis geknackt wurde – zwei Monate vor Saisonende.

Ganze 66 Frauen wurden 2021 in der Stadt Zürich Opfer einer Vergewaltigung, 191 sexuelle Belästigungen wurden gemeldet. In allen Fällen dürften die Dunkelziffern viel höher sein.

Diese Zahlen tragen wesentlich dazu bei, dass ich mich in der Stadt Zürich nicht mehr sicher fühle. Die Stadtpolizei macht – trotz ständiger linker Vorwürfe – einen ausgezeichneten Job. Doch die Stadtzürcher Regierung und der linke Gemeinderat scheinen kein Herz für die Ängste junger Frauen zu haben.

Eine dunkle Angelegenheit

In seinen Massnahmen zum Strom- und Energieverbrauch beschliesst die Stadtregierung, die Weg- und Strassenbeleuchtung abzustellen, sobald das letzte Tram durch die Strassen fährt. Der Heimweg wird damit eine dunkle Angelegenheit – inklusive attraktiver Ge-

legenheit für Überfälle aller Art. Der Stadtrat scheint sich in seiner Interessenabwägung lieber für das eigene Lichterlöschchen zu entscheiden als für beleuchtete Strassen.

Während der Stadtrat keine Zahlen zum Effekt dieser Sparmassnahme liefert, zeigen Studien die abschreckende Wirkung von gut ausgeleuchteten Strassen vor Straftaten.

Jetzt erst recht

Es ist jetzt an der Fraktion der SVP Stadt Zürich, sich für die Sicherheit der Bevölkerung einzusetzen. Die schockierenden Zahlen aus der Kriminalstatistik dürften eigentlich für alle Parteien Grund genug für eine Sicherheitsoffensive sein. Doch wie sich wieder zeigt: Die SVP ist die einzige Partei, die sich für die Sicherheit der Bevölkerung einsetzt.



Auf den Stadtzürcher Strassen können Frauen sich nicht mehr sicher fühlen.

Bild: canva.com

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 25. September 2022

Vorlagen Stadt Zürich

1. Volksinitiative «Eine Europaallee genügt – jetzt SBB-Areal Neugasse kaufen»	NEIN
2. Volksinitiative «Wissenschaftlicher Pilotversuch Grundeinkommen»	NEIN
3. Definitive Einführung der Tagesschule, Änderung der Gemeindeordnung	NEIN
4a. Verordnung über die Tagesschulen der städtischen Volksschule: VTS Stadtrat (Variante des Stadtrats)	NEIN
4b. Verordnung über die Tagesschulen der städtischen Volksschule: VTS Gemeinderat (Variante des Gemeinderats)	NEIN
4c. Stichfrage: Welche der beiden Verordnungen über die Tagesschulen der städtischen Volksschule soll in Kraft treten, falls sowohl die VTS Stadtrat (Variante des Stadtrats) als auch die VTS Gemeinderat (Variante des Gemeinderats) angenommen werden?	VTS Stadtrat (Variante des Stadtrats)
5. Sekundarschulanlage «Im Isengrind», Objektkredit von 80,6 Millionen Franken	JA

AUS DEM WINTERTHURER PARLAMENT

Kredit für die Sanierung des Theaters Winterthur, Neuaufgabe der Kulturförderungsverordnung und Fragestunde

Am letzten Montag, 19.9.22, stand als Erstes ein finanzlastiges Geschäft, die grosszyklische Sanierung des Theaters Winterthur, auf der Traktandenliste. Dank der hervorragenden Präsentation durch unser Ratsmitglied Michael Gross konnte ein guter Überblick über die verschiedenen geplanten Sanierungspakete gewonnen werden.



Gabriella Gisler
Stadtparlamentarierin SVP
Winterthur

Nur über einen kleinen Teil, nämlich Fr. 2,5 Mio oder rund 10% der Kosten, konnte im Parlament entschieden werden. Der grösste Teil, nämlich Fr. 30,8 Mio sind gebundene Kosten. Fr. 1,2 Mio werden aus dem Lotteriefonds finanziert. Die in der Kompetenz des Parlamentes liegenden Ausgaben beinhalten mehrheitlich Optimierungen für den Betrieb, die Besuchenden und die Künstler/innen; es sind also Erneuerungen, welche von aussen wahrnehmbar sind. Die gebundenen Ausgaben hingegen betreffen hauptsächlich behördlich notwendige und sicherheitsrelevante Massnahmen, wie z.B. Brandschutz, barrierefreier Zugang, Gebäude-, Bühnen- und Veranstaltungstechnik.

Das vom Architekten Franz Krähenbühl 1975–78 erbaute Theater kann nicht komplett von Schadstoffen befreit werden, so ist z.B. die Bleifassade denkmalgeschützt (das Theater ist im Inventar der überkommunalen Schutzobjekte). Jedoch sind die Schadstoffe überprüft worden und als gebundene Stoffe sollen diese auch künftig kein Gesundheitsrisiko darstellen.

Alles in allem, eine Sanierung ist notwendig und unumgänglich, ansonsten nicht weitergearbeitet werden kann.

Für unsere Fraktion stellte sich die Frage: Wollen wir ein städtisches Theater oder nicht? Die Bevölkerung hat sich in der Vergangenheit mehrmals für ein Theater entschieden, also wollen wir auch in Zukunft daran festhalten. Eine Wiedereröffnung ist auf September 2025 geplant. Für die Zeit während der Sanierung wird noch eine Ersatzspielstätte gesucht.

Das Parlament hat mit beinahe vollständiger Stimmenzahl den Kredit gutgeheissen. Lediglich zwei Enthaltungen

aus der Parlamentsmitte waren zu verzeichnen. Ob diesem Resultat derart erfreut, hat sich anschliessend die Theaterdirektorin Bettina Durrer bei Michael Gross gemeldet und sich für seine sachlichen und wohlwollenden Ausführungen zum Kredit bedankt.

Rot-grüne Vorstösse

Weniger erfreulich aus unserer Sicht verliefen zwei Vorstösse, die die Ratslinke durchsetzen konnte:

So hat die rot-grüne Mehrheit (inkl. GLP) eine Motion überwiesen, wonach städtische Mitarbeiterinnen zusätzlich drei Wochen vorgeburtlichen Mutter-

schaftsurlaub erhalten sollen. Die ohnehin schon privilegierten städtischen Angestellten werden damit zusätzlich bevorzugt. Aus unserer Sicht reichen die medizinischen Möglichkeiten der vorgeburtlichen Beurteilung und für die anderen Mitarbeitenden bedeutet dies, dass sie zusätzliche Arbeit verrichten müssen.

Eine Parlamentarische Initiative, angestossen von der FDP mithilfe der rot-grünen Parteien, hat eine Neuaufgabe der Kulturförderungsverordnung an die zuständige Kommission überwiesen. Eine erste Kulturförderungsverordnung wurde noch im Mai abgelehnt.

Unsere Fraktion möchte keine solche kommunale Verordnung, welche die Stadt zu weiteren Ausgaben verpflichtet. Unseres Erachtens genügen die kantonalen Vorgaben vollends.

Fragestunde

In der Fragestunde betrafen die meisten Fragen die Energie, den Bau oder den Verkehr. Eine Frage – aufgrund des bevorstehenden Abstimmungsstermins vom 25. September 2022 besonders aktuell – war, wie viele Abstimmungscouverts jeweils zu spät bei der Stadt ankommen würden und nicht mehr zählten. Stadtpräsident Michael Künzle sagte, dies seien 200–600 Couverts pro Urnengang. Meist seien diese jedoch erst nach dem Abstimmungs-sonntag abgestempelt worden. Angesichts der manchmal sehr knappen Resultate vielleicht matchentscheidend? Ihnen allen wünsche ich ein entspanntes Abstimmungs-Wochenende!



Theater Winterthur.

Bild: Stadt Winterthur

RÜCKTRITT VON BRUNO WOHLER

Vorbild und Kämpfer für politische Ideale

Es ist ein grosser Verlust für Fraktion und Partei – der Rücktritt von Bruno Wohler aus dem Gemeinderat: Ihm wurde sogleich nach seiner erneuten Wahl in den Gemeinderat das Präsidium der sehr anspruchsvollen Kommission der Industriellen Betriebe anvertraut, das nebst der Wasserversorgung und den Verkehrsbetrieben auch den äusserst komplexen Bereich des ewz umfasst.

Da kam ihm seine umfassende Erfahrung aus früheren Zeiten im Gemeinderat zugute: Bruno Wohler war schon in den Jahren 2002 bis 2014 im Gemeinderat, verzichtete dann aber wegen hoher beruflicher Anforderungen auf eine Wiederwahl.

Als sich Beruf und Politik wieder vereinbaren liessen, kandidierte Bruno erneut und wurde prompt gewählt. Er verzichtete aber auf sein Mandat, weil er in einer noblen Geste es einem jüngeren Mitglied ermöglichen wollte, hier politische Erfahrung zu gewinnen. Es war aber eine schmerzliche Erfahrung, mit ansehen zu müssen, wie der junge Sprössling (stellvertretend für die gepriesene Jugend?) es fertigbrachte, mit fadenscheinigen Gründen sogar während der alles entscheidenden Budgetdebatte monatelang den Sitzungen des Parlamentes fernzubleiben.

Wenn Bruno Wohler nun überraschend aus dem Gemeinderat zurücktritt und eine grosse Lücke hinterlässt, so tut er dies aus der Einsicht, dass er aufgrund neuster medizinischer Befun-

de das Mandat nicht weiter verantwortungsbewusst ausüben könnte. Der Schritt ist ihm sicher schwergefallen, aber er erfolgte aus bewundernswerter Einsicht. Das lässt auch an den fast gleichzeitig erfolgten Rücktritt von Roger Federer denken, der auch aus gesundheitlichen Gründen aus dem Spitzensport zurücktrat, bevor ihm aufgrund der Tatsachen ein weniger würdiger Abgang beschieden wäre.

Bruno Wohler wäre gerne in den Kantonsrat nachgerückt und er hätte dort sicher eine sehr gute Arbeit geleistet. Doch die angekündigten Rücktritte anderer SVP-Vertreter aus Zürich Nord wurden seit Langem immer wieder vertagt und so eine vielversprechende Laufbahn blockiert. Tragisch für die Partei ist, dass dieser Verschleiss von Talent nicht ein Einzelfall ist.

Dem ist auch deshalb so, weil es zwei «Paradigmen» von Politikern gibt: Für die wirklichen Politiker ist das politische Ideal das eigentliche Ziel, die Laufbahn hingegen bleibt nur das Mittel zur Umsetzung dieser Ideale. Doch es gibt

auch jene Spielenden auf dem politischen Parkett, denen die Karriere das eigentliche Ziel ist, die in Anspruch genommenen «Ideale» aber nur das Mittel sind zum Lauf an die Spitze. Für diese «Spezies» ist dann auch eine Partei auswechselbar: man engagiert sich dort, wo es für die eigenen Ambitionen am erfolgversprechendsten erscheint.

Bruno Wohler ist einer der (ausstrebenden?) Vertreter jener zurückhaltenden Politiker, denen die politischen Ideale als Leuchttürme den Weg weisen. Darum ist es für die SVP besonders tragisch, dass gerade ihm die Gesundheit nun Grenzen setzte; doch hoffen wir, dass ihm auf seinen weiteren Wegen viel Glück und Erfüllung beschieden ist. Ich schreibe dies gerne, haben Bruno und ich doch während zwanzig Jahren Seite an Seite das Engagement geteilt; dabei habe ich auch grossen Respekt gewonnen für seinen Einsatz hinter den Kulissen.

Bernhard im Oberdorf, Gemeinderat SVP, Zürich

SVP/BGB MEILEN IM EINSATZ

Nationaler Clean-up-Day 2022

Am 16. und 17. September 2022 haben sich im ganzen Land Tausende Helferinnen und Helfer zusammengetan, um unsere schöne Schweiz von gedankenlos weggeworfenem Abfall zu befreien. In Meilen wurden die Einsätze durch die Jugendarbeit koordiniert und auch die SVP/BGB nahm mit einer Viererdelegation an der Aufräumaktion teil.



Die SVP/BGB Meilen wird sich auch nächstes Jahr wieder an der Aufräumaktion beteiligen, denn unser schönes Meilen und seine Natur liegt uns am Herzen. Bild: zVg

svp. Bestückt mit leuchtgelber Weste, Handschuhen, Greifzange und Abfallsack machten sich Vorstandsmitglied Claudia Haggenmacher und Markus Ehrler sowie Kantonsratskandidatin Marion Matter mit Renato A. Vanotti

in Zweiertams oberhalb der Burg Meilen auf den Weg.

Die Stimmung war trotz trübem Wetter sehr gut und die beiden Teams hochmotiviert, ihren Beitrag zum Clean-up-Day zu leisten.

Die Route führte über den Panoramaweg zur Psychiatrischen Klinik Hohenegg und über Toggwiler- und Erlenstrasse wieder zurück zur Burg. Weiter nahmen sich die vier Teile der Burg-, Schützenhaus-, Platten- und Bünishoferstrasse wie auch Wetzliweg, Warzhalden und Schwabachstrasse vor. Jeder der Teilnehmerinnen und Teilnehmer legte rund 6½ Kilometer zurück, sodass gemeinsam insgesamt 26 Kilometer Weg- und Strassenrand innerhalb von zweieinhalb Stunden gesäubert werden konnten.

Während an den von Autos befahrenen Strassen allerlei wie Glasflaschen, Aludosen, unzähligen achtlos weggeworfenen Zigarettenstummeln und dergleichen eingesammelt werden konnten, fanden die vier die Spazierwege vorbildlich sauber vor. An dieser Stelle darum ein grosses Kompliment an die Meilener Bevölkerung, denn die Ausbeute war verhältnismässig bescheiden.

SVP KANTON ZÜRICH AUF KURS

Programmtagung in Wetzikon

svp. Am letzten Samstag trafen sich Mitglieder, Sektions- und Bezirkspräsidenten, die Parteileitung und Mandatsträger der SVP des Kantons Zürich zur Programmtagung in Wetzikon. Der Auftrag lautete, das kantonale Parteiprogramm zu überarbeiten.

Parteipräsident und Kantonsrat Domenik Ledergerber begrüßte die zahlreich erschienenen Anwesenden mit der Feststellung, dass die SVP des Kantons Zürich ein top-aktuelles Programm hat. Die aktuellen Herausforderungen zeigten es täglich, dass die SVP auf dem richtigen Kurs ist. Es gehe nun darum, Themen, wo notwendig, zu aktualisieren und zu schärfen.

Der Programmchef, Nationalrat Benjamin Fischer, leitete die Programmtagung. Die Resultate der einzelnen Arbeitsgruppen wurden am Schluss der Veranstaltung präsentiert. Benjamin Fischer verdankte die zielführende Arbeit. Die Delegiertenversammlung vom

25. Oktober 2022 wird das Parteiprogramm verabschieden, welches auch

für das Programm der SVP Schweiz Signalwirkung haben wird.



Die Teilnehmer präsentieren das Resultat aus den Gruppenarbeiten.

Bild: zVg

POLITPROMINENZ IM BEZIRK HINWIL

Gelungener Wahlkampfauftakt der SVP Bezirk Hinwil

Am Samstag, 17. September 2022, durften die SVP Bezirk Hinwil und die SVP Wetzikon hochkarätige Politprominenz auf dem Bauernhof von Bruno Bertschinger in Wetzikon willkommen heissen. Der Berner Ständerat Werner Salzmann, Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Paul von Euw informierten über aktuelle politische Themen.



Zeno Schärer
Gemeinderat SVP
Wetzikon

Zu Beginn der Veranstaltung konnten sich die anwesenden Kantonsratskandidaten des Bezirks Hinwil kurz dem Publikum vorstellen. Ständerat Werner Salzmann referierte zur Sicherheitslage in der Schweiz. In seinem packenden Vortrag ging er unter anderem auf die dringend notwendige Bestandserhöhung der Schweizer Armee ein und erläuterte, welche Massnahmen zur Sicherung der Durchhaltefähigkeit der Armee erforderlich wären.

Nationalrat Martin Haab warf einen genaueren Blick auf die Initiative gegen die Massentierhaltung, über die wir am 25. September 2022 abstimmen werden. Dem wohlklingenden Initiativtext setzte er harte Fakten entgegen: Der Begriff «Massentierhaltung» lasse sich nicht definieren, und es stimme schlicht nicht, dass das Tierwohl heute systematisch verletzt werde. Das Bio-Angebot übersteige leider die Nachfrage, weil es von den Konsumenten zu wenig nachgefragt werde. Wenn der Bio-Standard obligatorisch werde und das Schweizer Produkt teurer werde, würden die Importe und der Einkaufstourismus ansteigen. Martin Haab schilderte am konkreten Beispiel eines ausländischen «Biobetriebs» eindrücklich, wie wenig teils von biozertifizierten Betrieben im Ausland zu halten ist. Das verdeckte Ziel der Initianten bestehe darin, den Schweizer Fleischkonsum um 70% zu senken und so das Weltklima zu retten.

Mit Kantonsrat Paul von Euw, einem gelernten Elektroinstallateur, unterzog ein fachkundiger Referent die Energiepolitik einer kritischen Prüfung. Gemäss den gesetzlichen Vorgaben müsse die Energieversorgung ausreichend, si-

cher, wirtschaftlich und umweltverträglich erfolgen. Die aktuelle Energiestrategie betone einseitig die Umweltverträglichkeit, bei welcher die Schweiz heute schon vorbildlich sei, und vernachlässige die anderen drei Ziele. Der Stromimport steige laufend, auch wegen der wachsenden Zuwanderung. Wegen des überstürzten Kernenergieausstiegs müssten rund 40% des Strombedarfs ersetzt werden, obschon – wie Paul von Euw in Erinnerung rief – die Kernenergie pro Kilowattstunde betrachtet die sicherste Energieform ist. Um die Energiestrategie des Bundes umsetzen zu können, müsste bis ins Jahr 2050 in jedem einzelnen Jahr der aktuell vorhandene Bestand an Photovoltaikanlagen erstellt werden. Das sei nicht möglich, weder punkto Herstellung noch punkto Installation und Anpassung der Stromnetze.

Das interessierte Publikum nutzte die Gelegenheit, den drei Referenten Fragen zu stellen. Im Anschluss an die Veranstaltung offerierte die SVP Bezirk Hinwil allen Anwesenden Kaffee und Kuchen. Dabei bot sich manche Gelegenheit für angeregte politische Gespräche und den Austausch mit unseren Wählerinnen und Wählern. Der Anlass trug viel zur Meinungsbildung bei und war ein gelungener Auftakt für die Kantonsratswahlen am 12. Februar 2023.



Das Publikum lässt sich von Kantonsrat Paul von Euw über die aktuelle Energiepolitik informieren. Bild: zVg

Mit dem Regierungsrat auf's Hörnli

Treffen Sie die Regierungsratsmitglieder bei einer Wanderung aufs Hörnli.

Datum: 24. September 2022,
Abmarsch: 09.30 Uhr, Bahnhof Steg
Zielort: Bergrestaurant Hörnli, Steg
Mittagessen: 11.15 Uhr
Rückmarsch: 12.45 Uhr zum Bahnhof Steg.

Wandern Sie gemeinsam mit den Regierungsratsmitgliedern

Natalie Rickli und Ernst Stocker

auf's Hörnli und diskutieren dabei persönlich mit ihnen.

Oben angekommen gibt's ein gemeinsames Mittagessen mit Wurst und Getränken. Der Anlass ist kostenlos.

Ab 10.15 Uhr steht auch ein Shuttlebus ab Bahnhof Steg zur Verfügung.

Bei schlechtem Wetter findet der Anlass am 01.10.2022 statt.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!



SVP-STAMM

Bezirk Andelfingen / Andelfingen
Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 18.00 Uhr, Grilltreff, Im Bilg 2, Andelfingen.

Bezirk Bülach / Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, vom 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Pfäffikon / Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster / Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur / Oberwinterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Stadtrain, Römerstrasse 71, Winterthur.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Bonstetten
Sonntag, 25. September 2022, 10.00 Uhr, Apéro, Rigelhüsli, Bonstetten.

Bezirk Bülach
Samstag, 5. November 2022, 18.00 Uhr, Herbstfest, Restaurant Breite, Winkel, mit Regierungspräsident Ernst Stocker und den Kantonsratskandidaten. Anmeldung bis 15. Oktober 2022 an info@matthias-hauser.ch.

Bezirk Bülach / Eglisau
Donnerstag, 29. September 2022, 19.30 Uhr, Referat, Schulhaus Städtli, Aula, Eglisau, mit Thomas Obermayer, Nukleartechniker. Thema: Kernenergie Schweiz, Risiken und Chancen.

Bezirk Bülach / Wallisellen
Samstag, 24. September 2022, 10.00–16.00 Uhr, SVP-Stand, Riedenermärt, Wallisellen, mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Hinwil
Samstag, 24. September 2022, 09.30 Uhr, Wanderung aufs Hörnli, Treffpunkt Bahnhof Steg, mit den Regierungsräten Natalie Rickli und Ernst Stocker. Bei schlechtem Wetter findet der Anlass am 1. Oktober 2022 statt.

Bezirk Meilen / Zollikon
Montag, 14. November 2022, 20.00 Uhr, Höck, im Katholischen Gemeindehaus, Gustav-Maurer-Strasse 13, Zollikon, mit SVP-Kantonsratskandidaten.

Bezirk Uster / Dübendorf
Montag, 10. Oktober 2022, 19.30 Uhr, Sessionsrückblick, Clubhaus «Dübi Inside», Fussballplatz Zelgli, Dübendorf, mit Nationalrat Bruno Walliser und Kantonsratskandidaten.

Bezirk Winterthur
Freitag, 23. September 2022, 18.30 Uhr, Bezirksbehördenanlass, bei Matzinger Elektro-Technik AG, Im Winkel 8, Dinhard.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 24. September 2022, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Stadt Zürich / Kreis 11
Samstag, 24. September 2022, 09.30–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 1. Oktober 2022, bis Sonntag, 2. Oktober 2022, Festwirtschaft an der Seebacher Dorf-Chilbi, auf dem Bunnhügel, Zürich-Seebach.

Freitag, 11. November 2022, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit Nationalrat Thomas Matter. Thema: Bericht aus dem Nationalrat.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 23. September 2022, 19.30 Uhr, Vortrag zum Thema «Unser Auftrag», Brasserie Lipp, Uraniastrasse 9, Zürich, mit Werner Gartenmann, Parteisekretär SVP des Kantons Zürich.

Freitag, 23. September 2022, bis Sonntag, 25. September 2022, SVP-Schiessen 2022, Luckhausen, Illnau-Effretikon. Weitere Informationen unter www.svp-illnau-efffretikon.ch.

Seebacher Dorf-Chilbi
auf dem Bunnhügel in Seebach
1./2. Oktober
www.zuerich-seebach.ch

Samstag, 1.10.22, von 14 bis 2 Uhr früh
Sonntag, 2.10.22, von 10 bis 22 Uhr

Der Quartierverein und die Seebacher Vereine.
Sie finden uns am Stand Nr. 18

Logo: Engdicht und bürgernah, SVP Zürich 11, Schweizerische Volkspartei Zürich 11, 8050 Zürich

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Insertenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Elisabeth Liebi, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.



Dienstag, 4. Oktober 2022
Gemeinde-Viehschau
mit Miss SeeGa OB/ROB und Schauabend

Mittwoch, 5. Oktober 2022
Bezirks-Zuchtstierenschau
mit Marktcharakter und Chilbibetrieb
Reg. Betriebscup und Jungzüchter-Wettbewerb
(für Braunvieh)

Donnerstag, 6. Oktober 2022
Vieh- und Warenmarkt mit Chilbi
– landw. Maschinenmarkt
– grösster Viehmarkt der Ostschweiz

ÖV-Angebot und Parkierung
Jeder SOB-Zug von/nach Uznach/Wattwil hält in Kaltbrunn im Halbstundentakt ab 08.07–18.51 Uhr. Die Parkmöglichkeiten sind beschränkt. Die Parkgebühr wird am Donnerstag auf Fr. 10.00 erhöht.

www.kaltbrunnmarkt.ch

SRG

200 Fr. sind genug!

srinitiative.ch

Darum braucht es die SRG-Initiative:

- Obwohl die Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung weltweit (!) mit heute 335 Franken die höchsten gerätunabhängigen Zwangsgebühren. Mit der Initiative müssen wir nur noch 200 Franken zahlen. Immer noch genug!
- Arbeitgeber und Gewerbler werden doppelt zur Kasse gebeten: Die Betriebe zahlen eine umsatzabhängige SRG-Gebühr, schnell mehrere Tausend Franken. Dies, obwohl alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon als Privatpersonen die Abgabe von 335 Franken zahlen. Diese ungerechte Doppelbesteuerung muss abgeschafft werden!
- Junge verdienen wenig und schauen fast kein TV. Trotzdem müssen sie jährlich 335 Franken zahlen für ein Angebot, das sie nicht konsumieren. Das ist unfair und unsozial!

Jetzt Volksinitiative unterschreiben
- Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe!
- Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen!
- Nur noch 200 Franken zahlen!

